

Den Wunscheltern nicht gewachsen

SCHULE Bei der Protestveranstaltung engagierter Kreuzberger Eltern gegen die geplante Vergrößerung der Schülerzahl der Hunsrück-Grundschule machen die zuständigen Bezirkspolitiker keine gute Figur. Ihre Anregungen und Eingeständnisse ernten nur Buhrufe

Da sitzen sie nun: die Eltern, die sich Bildungspolitiker in so genannten Brennpunktvierteln doch eigentlich immer gewünscht hatten. Gut gemischt in Bildungsgrad, Einkommen, ethnischer Herkunft, und alle, alle, alle engagiert für ihre (Schul)-Kinder. Und sie sind wütend: Denn genau dafür fühlen sie sich jetzt bestraft.

Es waren die Eltern der Kreuzberger Hunsrück-GrundschülerInnen, die am Montag unter anderem Peter Beckers (SPD), den bezirklichen Schulstadtrat, den grünen Vorsitzenden des Schulausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Werner Hirschmüller und das Schulausschussmitglied Johannes Keil (SPD) zur Diskussion in die Aula der Grundschule geladen hatten. Der Hintergrund: Die Schule soll vergrößert werden - allerdings nicht räumlich, sondern allein bei der SchülerInnenzahl. Dies würde nach Ansicht der Eltern aber das Konzept der Grundschule mit einem durchrhythmisierten Ganztagsangebot, also einem Wechsel zwischen Entspannungs- und Lernzeit, verunmöglichen. Dafür stehen derzeit jeder Klasse zwei nebeneinanderliegende Räume zur Verfügung. Mit der Aufstockung der Klassenzahl von drei auf vier pro Jahrgang wäre es damit vorbei.

Wütende Eltern: Sie können je nachdem Traum oder Alptraum der Bildungspolitiker sein. Traum, wenn sie helfen, Forderungen beim Finanzsenator durchzusetzen - Alptraum, wenn es gegen eigene Entscheidungen geht. Denn Eltern sind auch WählerInnen: Für die SPD, die sich in Friedrichshain-Kreuzberg bei der letzten Wahl gerade noch einen Stadratsposten erkämpft hat - die Grünen haben drei inklusive Bürgermeisterposten -, eine äußerst pfleglich zu behandelnde Minderheit.

Holprige Argumente

Das gelingt Stadtrat Beckers und seinem Parteigenossen Keil bei der Diskussion am Montag nur begrenzt. Buhrufe ernten ihre Anregung an PädagogInnen und Eltern, die Situation "als Chance zu begreifen". Auch Beckers holprige Argumentation, die Entscheidung zur Aufstockung der Schule sei "keine finanzielle Frage", die

alternative Wiedereröffnung der kürzlich geschlossenen nahen E.O.-Plauen-Grundschule gehe aber aus Kostengründen nicht, kommt nicht gut an. Ebenso wenig sein Eingeständnis, deren Schließung sei angesichts neuer Bevölkerungsprognosen vielleicht ein Fehler gewesen: Doch sie habe "in gewisser Weise im damaligen Moment Sinn gemacht".

So kommt man diesen Eltern nicht: Sie kennen Bevölkerungsprognosen und bildungspolitische Programme der SPD besser als die Lokalpolitiker selbst. Auch die Unterstellung, sie wollten ihre Schule auf Kosten anderer retten, lassen sie nicht auf sich sitzen: An der Hunsrück-Schule werde alles genau so gemacht, wie die Bildungspolitik der SPD es fordere, kontert ein Vater: "Richtig wäre, das nicht hier abzubauen, sondern an allen Schulen zu ermöglichen!"

Er wolle den Vergrößerungsplan "noch mal prüfen", verspricht Beckers am Ende matt. Ob er seinen Entschluss dann eventuell auch noch zurücknehmen werde - diese Frage der Eltern lässt der Stadtrat offen.

Immerhin dankt er ihnen zum Abschluss herzlich: "Für Ihr Engagement", sagt er tatsächlich.

ALKE WIERTH